

Junge kritisieren staatliches Pensionssystem, fordern Aktienpension und verstärkte Eigenvorsorge.

Besser-Verdiener sollten etwas tun, um Entwertung der künftigen Pension entgegenzuwirken.

Das Österreich ein sehr großzügiges Pensionssystem hat und merklich höhere Pensionen auszahlt als etwa Deutschland, ist in der Branche allgemein bekannt. Auch, dass die bestehenden Pensionen nach einer **„werterhaltenden Formel“ gesetzlich angepasst** werden.

Diese Formel wurde „erfunden“, damit Politiker nicht extra das Füllhorn auspacken, wenn es irgendwo Wahlen gibt. Der Richtwert zur Anpassung der Pensionen orientiert sich an der Inflation der letzten 12 Monate und wird vom Sozialministerium auf Basis der Daten der Statistik Austria errechnet.

Für **heuer** dürften die Pensionen aufgrund dieser Formel **um 9,7 %** steigen. Dieser Wert ist meist aber nur die Untergrenze, die **Politik** möchte dann doch **„Gutes für das Volk“ tun** und hebt niedrigere Pensionen höher an. Diese Vorgehensweise ist aus Sicht eines Sozialstaates im unteren Bereich durchaus nachvollziehbar.

Wie stark die Unterschiede zwischen gesetzlich vorgeschriebener Steigerung und den tatsächlich ausgeschütteten Prozentsätzen in den letzten Jahren waren, können Sie der nebenstehenden Graphik entnehmen. Quelle APA/ORF.

Für **höhere Pensionen** werden jedoch oft Obergrenzen eingeführt, was zur **langsamen Entwertung** und anhaltender Kritik führt, dass damit das Versicherungsprinzip aufgehoben würde. Details dazu und Informationen, was man als Besser-Verdiener tun sollte, folgen unten anbei.

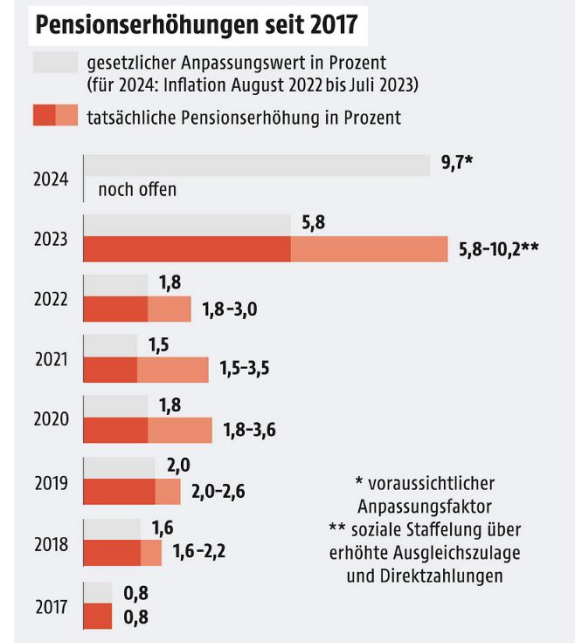
Über die **Finanzierungsprobleme** des staatlichen Pensionssystems haben wir schon oft im BAV-Newsletter berichtet.

Zuletzt nannten wir einen Beitrag **„Das Pensions-Dilemma für Politiker:innen“**, hier [zum Nachlesen...](#)

Und in einem anderen Beitrag eruierten wir **„Ein 140-Milliarden-Pensionsloch, das niemanden interessiert“**, hier [zum Nachlesen...](#)

Die Ursachen für die Finanzierungsprobleme sind **seit Jahrzehnten bekannt**: Wir **werden alle älter** (d.h. beziehen länger Pensionszahlungen), gleichzeitig kommen immer weniger Junge nach, besonders jetzt, während sich die große **Baby-Boomer-Generation** in den Ruhestand verabschiedet. Auch treten viele Junge später in den Beruf ein und müssen sich oftmals durch schlecht bezahlte **Präkariats-Jobs** bis zur fixen Anstellung durcharbeiten. Und dann kommt auch noch der Wunsch nach einer ausgeglichenen **Work-Life-Balance** dazu, wodurch viele Junge weniger lang arbeiten möchten als etwa ältere Generation.

Diese **demographischen und gesellschaftlichen Veränderungen** führen somit dazu, dass immer weniger in das staatliche Pensionssystem einbezahlt und für immer mehr Pensionisten immer länger Beträge ausbezahlt werden. Da aber die Jungen via **Umlagesystem** die Pensionen der Alten bezahlen, **geht sich die Rechnung schon lange nicht mehr aus**. Die Differenz müssen die Steuerzahler zuschießen. Und diese Summe steigt von Jahr zu Jahr auf zuletzt rund **25 Mrd. Euro** an. Siehe die dazu gehörende Graphik im obigen Beitrag „140 Mrd. Loch“.



Zwar hörte man in den letzten Jahren zaghaft von jungen Menschen, „**ich bekomme eh keine Pension mehr**“. Aber echte Proteste hörte man nicht. Umso überraschender daher, als im Hochsommer **Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm** mit einer „ketzerischen“ Aussage in der „Kleinen Zeitung“ aufhorchen ließ: „Für die eigene **Pension finanziell vorzusorgen muss für junge Leute genauso selbstverständlich sein**, wie Pläne für den eigenen Urlaub zu machen.“ Und: "Der Generationenvertrag muss wieder auf ein gesundes Fundament gestellt werden".

Plakolm verwies auf **Deutschland**, wo FDP Finanzminister Lindner 10 Mrd. aus dem Budget für Investments im Aktienmarkt verwenden möchte, um mit einer „**Aktienrente**“ die Finanzierung des Umlageverfahrens auf eine breitere Basis zu stellen.

Aber auch das **schwedische Modell** bringt Plakolm ins Spiel: Dort müssen 2,5 Prozent des Bruttoeinkommens in Vorsorgefonds abgeführt werden, die auf dem globalen Aktienmarkt investieren. Auch die **Eigenvorsorge gehöre gestärkt**, eine Forderung, die alle in diesem Segment Tätigen schon seit Jahren stellen und also äußerst dringend umgesetzt gehörte.

Kritik kam aber auch von der Jungen Wirtschaft in der Wirtschaftskammer (WKO). Deren Vorsitzende Bettina Pauschenwein wird in ORF.at wie folgt zitiert: „Es brauche eine aktive Rückkehr zu einer nachhaltigen Budgetpolitik, die Absicherung des leistungsfähigen Sozialstaates sowie solide Staatsfinanzen durch strukturelle Reformen“. 2040 werde man „zehnmal so viel für Pensionen ausgeben als für Familien“. Die Junge Wirtschaft fordere eine niedrige Anpassung samt neuer Einmalzahlung sowie „sinnvolle Anreize, um Menschen länger in Beschäftigung zu halten“.

Es scheint, als ob der bisherige **Generationen-Vertrag leicht ins Wanken gerät** und aus Sicht der Jungen neu verhandelt gehört.

Wie stark über das Pensionssystem umverteilt wird. Was Besser-Verdiener machen sollten!

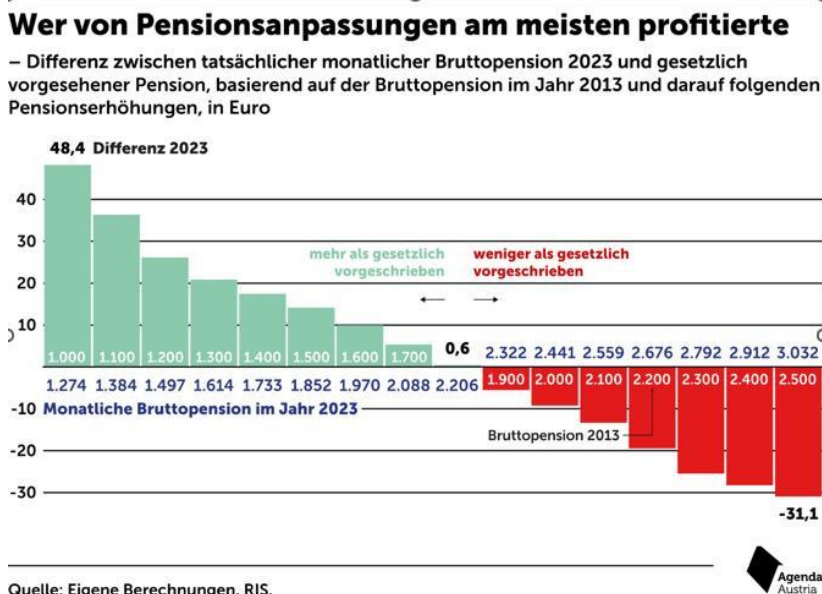
Wie am Anfang des Beitrags berichtet, werden seit vielen Jahren die niedrigen Pensionen stärker angehoben als höhere. Der **Think Tank Agenda Austria** hält dies für problematisch, weil das Pensionssystem nach dem Versicherungsprinzip organisiert sei. Somit solle der, der mehr einzahlt eine höhere Pension, wer weniger einzahlt eine niedrigere erhalten. Doch dies war und ist leider nicht so.

Agenda Austria hat sich im Detail angesehen, wie stark im heimischen Pensionssystem umverteilt wird, in dem die kleinen Pensionen stärker angehoben werden, als dies die gesetzliche Vorgabe eigentlich vorsah. Konkret würden Pensionisten mit monatlichen Brutto-Bezügen von unter 2.218 Euro zu den Gewinnern zählen. Wer über dieser Marke lag, zählte zu den Verlierern.

Agenda Austria veröffentlichte eine **Graphik**, die zeigt, **wie hoch die Pensionen seit 2013 gestiegen sind**.

Wie „liest man die Graphik“?

Beginnen wir ganz links: Eine Person hatte 2013 **1.000 Euro Pension**. Sie hätte aufgrund der gesetzlich vorgegebenen Erhöhungen 1.255 € bekommen sollen. Tatsächlich stieg diese Pension „**durch Zuzahlungen**“ auf **1.274 €**, also erhält der Niedrig-Pensionist 2023 um 48,4 € pro Monat bzw. **678 € pro Jahr mehr**, als der gesetzliche Anpassungsfaktor vorgesehen hatte.



Wer dagegen im Jahr 2013 eine **Pension von 2.500 Euro** hatte, der erhält heute nur 3.032 €, also pro Monat um 31,1 € bzw. **436 € weniger** pro Jahr, als dies eigentlich gesetzlich vorgesehen war.

Schlussfolgerung von Agenda Austria: „Diese Erhöhungen der niedrigen Pensionen sind gut gemeint, aber brandgefährlich. Sie **hebeln das Versicherungsprinzip der Pension aus** und führen zu beträchtlichen Mehrausgaben“, so Ökonom Dénes Kucsera.

Was lernen wir als Berater:in aus obiger Graphik?

Vor allem **Besser-Verdienern** in Ihrem Kundenkreis sollten Sie bewusst machen, dass hohe Pensionen wohl auch in Zukunft nach den oben zitierten Sozial-Staat-Überlegungen weniger stark erhöht werden und damit nicht einmal an die Inflation angepasst und somit **langsam entwertet werden**.

Conclusio also: Besser-Verdiener sollten auch hinkünftig nicht großartige Sozialleistungen erwarten, **sondern verstärkt selbst vorsorgen**.

Somit sollten diese „Betroffenen“ alle **Freibeträge, Steuerbegünstigungen** im Laufe des Berufslebens nutzen und z.B. in eine Versicherung oder Vorsorgelösung einzahlen, um damit **brutto für netto** so viel wie möglich für die eigene Pension herauszuholen.

Aufgrund ihrer Position – sei es als Führungskraft oder in einer Schlüsselfunktion – **haben gutverdienende Personen durchaus die Möglichkeit**, aktiv auf ihre Vorgesetzten zuzugehen und Ideen zu alternativen Einkommenserhöhungen vorzubringen. Hier gibt es einige **geeignete Instrumente** – wie die Zukunftssicherung, Pensionskassen und Betriebliche Kollektivmodelle, ebenso wie einzelvertragliche Firmenpensionen - um **Steuer zu sparen** und Abgaben zu vermeiden – für die Arbeitnehmenden ebenso wie für die Arbeitgeberseite.

Für Selbständige und Gesellschafter:innen einer GmbH bieten sich ebenso Alternativen an. Sei es der Grund- und Gewinnfreibetrag, den ich als Unternehmer:in nutze und nach Ausschüttung zweckgebunden in eine private Altersvorsorge investiere. Sei es die Direkte Pensionszusage, die ich als Gesellschafter-Geschäftsführer:in für mich installieren kann und damit Firmenvermögen auf Sicht in Privatvermögen umschichte und dabei Steuereffekte nutze.

Die individuelle Beratung vorausgesetzt, gibt es also einige Ansätze, um diesen Zielgruppen beim Thema Altersvorsorge und der Absicherung des Lebensstandards zu helfen.